

Handel und Volkswirtschaft

Letzte Nachrichten und Telegramme — Richtpreise — Edelmetallkurse

Ausblick 1924.

W. Kg. Der Jahreswechsel brachte eine Fülle guter Wünsche. Es klang im Allgemeinen doch aber durch, daß man 1924 große Schwierigkeiten erwartet und darin dürfte man sich nicht getäuscht haben. Wir haben alle aufgeatmet, als die Papierpest endlich beendet wurde. Was dafür an die gleiche Stelle gesetzt wurde und wie es in der nächsten Zeit werden wird, darüber machte man sich wenig Gedanken. Es wird schon einen Ausweg geben! Wir sind ja auch noch immer zu sehr gewöhnt, an das zu glauben, was von Oben gesagt und getan wird und so lassen wir uns willig und gern weiter treiben.

Was wird uns denn die Wirtschaft des Jahres 1924 bringen? Ohne Zweifel einen starken Eingriff der Feindmächte. Es ist ja soweit, daß man bereit ist, sich zusammen zu setzen, um zu prüfen, was Deutschland leisten kann. Allzuschnell wird ein Ergebnis nicht vorliegen, da sich die Konferenz Zeit nehmen wird. Ausserdem bestehen so viel Gegensätze innerhalb der in Frage kommenden Mächte, die doch, und sei es nur auf Zeit oder nach außenhin, irgendwie überbrückt werden müssen. Das wird auch nur nach vielen Hin- und Herberaten möglich sein. Inzwischen sind wir weiter auf uns angewiesen. Zuletzt dürfte eine starke Finanzkontrolle herauskommen, die uns in unserer Selbständigkeit stark beschränken wird, da diese Finanzkontrolle letzten Endes eine Finanzdiktatur des Auslandes sein wird. Das dadurch unser Wirtschaftsleben stark beeinflußt werden wird, braucht nicht gesagt zu werden.

Diese Beeinflussung wird gleichfalls vom Rhein-Ruhrgebiet ausgehen. Wir wissen noch nicht, wie letzten Endes das endgültige Verhältnis zu dem übrigen Deutschland sein wird. Immerhin ist mit einer großen Selbständigkeit und mit einer stark das Wirtschaftsleben hemmenden Zollgrenze zu rechnen. Schon jetzt macht sich im Uhrengewerbe die Abschnürung dieses großen Wirtschaftsgebietes stark bemerkbar.

Aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch innenpolitische Wirkungen sind durch die Abtrennung zu befürchten.

Auf die gefährliche Lage unserer Staatsfinanzen haben wir gleichfalls wiederholt hingewiesen. Im Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1923 und 5. Januar 1924 ist endlich eine Uebersicht über die Geldbewegung der Reichshauptkasse gegeben. Danach war bis zum 20. Dezember der Rentenmarkkredit von ca. 605 Millionen verbraucht, bis 31. Dezember 835 Millionen. Aus dem Ausweis geht hervor, daß die Schuld des Reiches, die am 15. November 191,6 Trillionen Papiermark betrug, durch den dafür bestimmten unverzinslichen Rentenmarkkredit getilgt wurde. Die Einnahmen sind von 15,1 auf 42,9 auf 88,8 Millionen Goldmark gestiegen, die Ausgaben von 258,7 auf 165,7 auf 153,8 Millionen Goldmark herabgedrückt. Für jeden Zahltag ist ein Zuschuß von 13,6 Millionen Goldmark, für die letzte Dekade von 10,8 Millionen Goldmark erforderlich.

Die Gefahren, die in der Schaffung von Notgeld liegen, scheint man endlich zu erkennen. Vor einigen Tagen ist der Aufruf wertbeständigen und nicht wertbeständigen Notgeldes einer ganzen Reihe von Provinzen und Städten erfolgt; es bleibt jedoch noch immer viel zu viel übrig. Ganz bedenklich ist es jedoch, daß zu gleicher Zeit, wo mit der Rückziehung des Notgeldes begonnen wird, neues geschaffen wird. Zunächst hat der Sächsische Staat Rentenmarkschatzanweisungen aufgelegt. Es handelt sich zunächst um 5 Millionen Rentenmark, die in kleinen Stücken als Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht werden. Als Sicherheit dienen die Besitzungen des Sächsischen Staates an Wäldern, Bergwerken usw. Solche Sicherungen, die nur schwer realisierbar sind, sind als Gelddeckung wenig geeignet. Da die 5 Millionen in Gestalt von Beamtenzahlungen in den Verkehr gebracht werden, wird zusätzliche Kaufkraft geschaffen und damit beginnt die Inflation.

Die preußischen Provinzen haben die Ermächtigung erhalten, Goldanleihen aufzulegen, um Darlehen an die Kreise und Gemeinden geben zu können. Es sollen Zwischenscheine ausgegeben werden, die wie die Rentenmark den Zweck eines hochwertigen Zahlungsmittels erfüllen werden, wie es in einer amtlich inspirierten Notiz heißt. Es ist geradezu ein Unfug, noch weitere Zahlungsmittel zu schaffen, da wir überreichlich damit gesättigt sind, ja zu viel davon haben. Also auch hier wird eine neue Inflation eingeleitet. Bei der Bedrängnis, in der sich der Staat und die Gemeinden befinden, wird man damit rechnen können, daß auf diesem gefährlichen Wege weitergeschritten wird zum Schaden unserer Wirtschaft.

So ist die fortgesetzte Vermehrung unserer Zahlungsmittel festzustellen, ohne daß auf der anderen Seite im gleichen Ausmaße eine Vermehrung des Warenvorrates erfolgte. Man kann doch in der letzten Zeit, bei dem Damiederliegen der Industrie höchstens damit rechnen, daß der alte Warenbestand erhalten geblieben ist.

Die Wirkung dieses Mißverhältnisses müßte eine Steigerung der Preise sein. Wenn diese nicht sofort eingetreten ist (die geringe Steigerung des Großhandelsindex ist doch wohl nur eine Folge des lebhafteren Weihnachtsgeschäfts) so liegt es sicher daran, daß die Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel durch die Stabilisierung ganz gewaltig gebremst ist. Suchte früher jeder sein Geld so schnell als möglich wieder loszuwerden, so wird es jetzt zurückgehalten, weil damit anscheinend keine Gefahr des Verlustes verknüpft ist. Das Geld wird zurückgehalten, die Ware drängt im Uebermaß an den Markt, sodaß noch ein Fallen der Preise zu beobachten ist. Letzten Endes werden aber die Wirkungen der jetzigen Währungspolitik eintreten, da sie auf die Dauer nicht zurückgehalten werden können. Auf diese Wirkungen haben wir bereits ausführlich hingewiesen.

Deutschland ist heute schon ein teures Land. Bald wird es aber das teuerste Land der Welt sein, sobald die hier angedeuteten Wirkungen sich bemerkbar machen werden. Daraus erwachsen aber für unsere Wirtschaft neue Schwierigkeiten. Der Export, der jetzt schon sehr stockt, wird immer mehr eingeschränkt werden, während der Import steigen wird. Unsere Zahlungsmittel werden dabei, so wenig gut sie sind, im Auslande doch noch mehr Kaufkraft haben als bei uns. Teilweise kann man diese Beobachtung schon jetzt im besetzten Gebiet machen. Das sind keine erfreulichen Aussichten, aber es hilft auch nicht, die Augen zuzudrücken.

Manche Kollegen betreiben in vollständiger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse jetzt eine Geschäftspolitik, die zu großen Verlusten führen muß. Sie glauben, daß heute die Zeit gekommen wäre, ihr Warenlager schnell abzustößen. Vielleicht haben sie die Befürchtung, daß ihre Waren fortdauernd im Preise sinken werden, sodaß ein Verkauf mit geringem Aufschlage oder zum Einstandspreis in Wirklichkeit doch einen Gewinn bringt, weil sie damit rechnen, sich mit dem Erlöse zu niedrigeren Preisen wieder gut eindecken zu können. Es wird gar nicht allzulange dauern, bis diese Kollegen erkennen werden, wie unklug ihr Verhalten war. Sie zerstören heute vorschnell ihre Reserven und sie werden in kurzer Zeit dastehen wie ein Soldat, der sein Pulver vorschnell verschossen hat.

Die Kollegen, die sich nicht durch den gegenwärtigen Nebel, der sich wieder über unsere Wirtschaft legt, irre machen lassen, werden jetzt dafür sorgen, ihre Reserven für später aufzufüllen, um in der kommenden Gefahrenzeit gerüstet dazustehen. Manchem ist nicht zu raten und deshalb auch nicht zu helfen.

In Berlin wurde kürzlich eine Zeitung verboten, die an der Zwischenlösung unserer Währung, der Rentenmark, Kritik geübt hatte. Begründet wurde das Verbot damit, daß durch diese Kritik das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung erschüttert würde. Das kommt uns so vor, als wenn man durch falsche Siegesnachrichten einen Krieg gewinnen wollte. Vertrauen kann aber gewiß durch derartige Verbote nicht gestärkt werden, damit ruft man nur Mißtrauen hervor. Richtiger erscheint uns, wenn sachliche Aufklärung gegeben würde. Mit der Aufklärung aber hält man unbegreiflicherweise allzusehr zurück. So fehlt noch immer der Ausweis der Reichsbank und der Rentenbank. Es werden für die Verzögerung allerlei technische Gründe angegeben, die aber die so notwendige Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Reichs- und Rentenbank nicht ersetzen können. Die Auslandspresse meldet, daß 87 000 000 Mark deutsches Gold durch die Internationale Bank in Bern für eine Firma in New-York verschifft worden sind. Rechnet man diese 87 Millionen Gold nach dem Friedenspreis für 1 kg zu 2784 Mk. um, so ergibt sich das nette Gewicht von 3125 kg Gold. Ist damit der freie Geldbestand der Reichsbank von 467 auf 380 Millionen Mark verringert und damit die Golddecke unseres Papiergeldes? In der deutschen Presse erschien eine Notiz, daß die Reichsbank überhaupt kein Gold nach Amerika geschickt habe. Zutreffend sei nur, daß Anfang Dezember zwei Millionen Goldmark aus Deutschland nach Amerika abgegangen sei. Eine Aufklärung darüber, wer denn außer der Reichsbank noch in der Lage ist 3125 kg Gold zu verschiffen, wäre doch sehr notwendig.

Zum Schlusse wollen wir auch noch eine veröffentlichte Presse-notiz über die Inflation gefahr hersetzen. Das Berl. Tagebl. schreibt: „Zu der Frage, ob in Deutschland wieder eine Inflation getrieben werden kann, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Eine solche Inflation ist in Zukunft ausgeschlossen und ein Versuch, diese Bahnen je wieder zu betreten, wäre nach den Erfahrungen der Vergangenheit zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Der